

Löhner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Kastbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Kastbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Kastbach).

Die Ausgabe

erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Ämtliches Publikations-Organ

der Städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1 spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 50.

Lahn, Sonnabend, den 1. Mai 1909.

6. Jahrgang

Die Ereignisse in der Türkei.

Der entthronte Sultan Abdul Hamid sitzt mit elf seiner bevorzugtesten Haremsdamen, einem Eunuchen und geringer Dienerschaft streng bewacht in der Villa Matini bei Saloniki, dem jungtürkischen Hauptquartier. Er weilt der Küste Asiens jetzt so fern, daß er mit seinen dortigen Freunden keine Beziehungen anknüpfen kann. Er ist bis auf weiteres ein toter und daher ungefährlicher Mann.

Der neue Sultan, Mohammed V. findet ohne Schwierigkeit die Anerkennung der Mächte. Der Präsident der nordamerikanischen Union Taft hat als erster aller Staatsoberhäupter dem neuen Sultan Glück und Wohlergehen gewünscht. Auch in Bulgarien herrscht starke Sympathie für das Reich der Jungtürken, mit Mohammed V. an der Spitze. In Belgrad sind die Meinungen deshalb geteilt, weil man nicht mit Unrecht annimmt, daß die Reform-Türkei sich weniger zu Balkanhändeln hergeben wird, als die Türkei Abdul Hamids es getan hätte.

Die Jungtürken halten scharfes Gericht, beeilen sich gleichzeitig aber auch mit der Einführung gesunder Reformen. Man darf auf ihre Besonnenheit und Einsicht einiges Vertrauen setzen, da der Generalissimus ihrer Armee, Mahmud Schemket Pascha, diese beiden Eigenschaften in hohem Maße in sich vereinigt. Sagt doch unser General Freiherr v. d. Goltz, der Reorganisator der türkischen Armee von Schemket Pascha: Er ist einer der bedeutendsten Männer der jüngeren Türken und ein Charakter von Gold. Er vereinigt mit hoher Intelligenz die nötige Ruhe und Lebenserfahrung. Er ist ein Mann, auf den man sich durchaus verlassen kann.

Die Frage, kommt Abdul Hamid vor ein Kriegsgericht? wird man infolgedessen auch eher zu verneinen, als zu bejahen geneigt sein. Es besteht zwar unter den Truppen eine starke Bewegung, die den Entthronten kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt wissen will. Aber diejenigen Stellen, die zur Milde raten, werden auf Schemket Pascha voraussichtlich den stärkeren Einfluß gewinnen.

Der Zorn gegen Abdul Hamid wurde so maßlos, nachdem bekannt geworden war, daß er für den Einzugsstag der jungtürkischen Truppen am Sonnabend voriger Woche ein großes Gemetzel in Konstantinopel geplant hatte, womit er angeblich die Einmischung der Mächte zur Erhaltung des Thrones für seine Person bezweckte. Daß die Besonnenheit regiert, geht auch aus der Freilassung des wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen verhafteten Prinzen Sabah-Eddin und einiger mitverhafteter Anhänger dieses Prinzen hervor. Zweifelhaft ist daher auch, ob der Eunuch und politische Berater des Sultans, Nadir Agha, wirklich, wie Konstantinopeler Meldungen besagen, gehängt werden wird.

Was die Reformarbeit der Jungtürken angeht, so planen sie nicht nur die gänzliche

Abschaffung des orientalischen Eunuchenwesens am Sultanshofe, sondern auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Türkei. Diesen Wunsch unterstützt auch Muhamed V. aufs lebhafteste. Er wird bereits in einer seiner ersten Kundgebungen dahin gehende Anordnungen erlassen. Es sollen, was man allerdings weniger als großartige Reform anzusehen braucht, im Gegensatz zu der bisherigen Gepflogenheit Gold- und Silbermünzen mit dem Bildnis des Sultans geprägt und in den Verkehr gebracht werden. Die Türken mußten bisher kaum, wie ihr Sultan aussehe, da er sich öffentlich kaum je blicken ließ und Bilder von ihm nicht unter das Volk gebracht werden durften.

Der neue Sultan wird am heutigen Freitag dem Selamlık nicht in der Fildiz-Moschee, sondern in der Hagia Sophia zu Istanbul bewohnen. Eine so weite Fahrt in eine ungeschützte Moschee hat der Entthronte nie gewagt.

Die zum Tode verurteilten Rädelshüter an dem Putz des Oster-Dienstags sollen nicht erschossen, sondern auf der Brücke vor dem Parlamentsgebäude als abschreckendes Beispiel gehängt werden. Das wäre asiatisch.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser hat den griechischen höheren Beamten eine größere Zahl von Orden verliehen und hörte am Mittwoch den Vortrag des Vertreters des Auswärtigen Amtes. — Admiral von Tirpitz ist aus Korsu nach Berlin zurückgekehrt. — An den Reisedispositionen des Kaisers für die Heimkehr nach Deutschland ist nichts geändert. Vom 20. Mai ab wohnen die Majestäten dem Sängerkrieg in Frankfurt a. M. bei, der am 22. Mai abends schließt. — Am Donnerstag hörte der Kaiser den Vortrag des Gesandten Freiherrn von Jenisch, des Vertreters des Auswärtigen Amtes, und empfing den römisch-katholischen Erzbischof von Korsu, Polito. Das Befinden des Kaisers und der Kaiserin ist erfreulicherweise das beste.

Fürst Bülow vollendet am 3. Mai sein sechzigstes Lebensjahr.

Berlin. Der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, Exzellenz von Blossen sollte nach mehreren Meldungen aus dem Dienst scheiden wollen. Die Nachricht wird aber jetzt für unbegründet erklärt. Der Generaloberst von Blossen steht dem Kaiser besonders nahe und auf dessen Wunsch verbleibt er wohl auf seinem Posten.

Berlin. Hundert Jahre sind es jetzt gewesen, daß Major Ferdinand von Schill, ein geborener Sachse, mit seinem Husarenregiment aus Berlin ausrückte, um das deutsche Volk zur Erhebung gegen die napoleonische Gemaltherrschaft aufzurufen. Schill rechnete auf einen Erfolg Oesterreichs im gleichzeitigen Kriege mit Frankreich, und als dieser ausblieb, sah er seine Sache verloren. Vor überlegenen feindlichen Streitkräften zog er sich nach Stralsund zurück, um von hier aus möglichst rasch nach England zu entkommen. Am 31. Mai angegriffen, fiel er im Straßenkampf. Bekannt ist die folgende Erschießung elf seiner Offiziere in Wesel. Erst vier Jahre später folgte die allgemeine deutsche Volkshebung.

Berlin. Der preussische Kriegsminister erwies dem Reichstage die Aufmerksamkeit, ihn für die kommende Woche zu den Uebungen der Berliner Luftschiffer-

Abteilung einzuladen. Da in Berlin mehrere Luftballons stationiert sind, können ja die Parlamentarier mal zusehen, wie ihr Heim sich von oben ausnimmt.

Berlin. Der französische Parlamentarier Baron d'Estournelles sprach in Berlin in Gegenwart zahlreicher Minister und anderer hochstehender Personen über das Thema „Die französisch-deutsche Annäherung als Grundlage des Weltfriedens“. Er ist zu diesem Vortrage von der deutschen Gesellschaft zur Besserung der deutsch-französischen Beziehungen eingeladen und auch vom Reichskanzler empfangen worden. Leider ist vorerst nicht zu hoffen, daß sich die Theorie so bald in die schöne Praxis verwandeln wird.

Berlin. Die innerpolitische Lage ist infolge des Zusammenschlusses von Zentrum und Konservativen in der Frage der Reichs-Wertzuwachssteuer so verwirrt wie möglich. Eine Mehrheit für die genannte Steuer ist vorhanden, bestehend aus Zentrum, Konservativen und Wirtschaftlichen Vereinigung, auch wenn die Freikonservativen nicht geschlossen mitun sollten. Die Wirtschaftliche Vereinigung tritt für die Wertzuwachssteuer ein, hat jedoch den betreffenden Antrag nicht mit unterschrieben, weil dieser die Zuwachssteuer anstelle der Erbschaftsteuer setzen will, an der die Vereinigung festhält. — Die Regierung beharrt laut „W. L.“ bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Wertzuwachssteuerantrag. Da sie sich aber einer Mehrheit gegenübersteht, so ist es fraglich, wie lange sie ihren Widerstand wird aufrecht erhalten können. In parlamentarischen Kreisen rechnet man daher stärker als bisher mit der Reichstagsauflösung.

Berlin. Die Reichsfinanzkommission wird über den konservativen Antrag auf Einführung einer Reichs-Wertzuwachssteuer erst am heutigen Freitag Beschluß fassen. Die Abstimmung kann bei Stimmengleichheit die Ablehnung des Antrages bringen. Dagegen ist die Annahme des Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung nicht unwahrscheinlich, der zwar die Zuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere fordert, aber neben der Erbschaftsteuer, und nicht als Ersatz für diese. Nachdem auch Abgeordneter Rösicke in der Sitzung den konservativen Antrag noch einmal eindringlich empfohlen hatte, wies Reichsschatzsekretär Sydow darauf hin, daß bei der Wertsteigerung für Immobilien in erster Linie die Gemeinden in Betracht kommen, erst in zweiter das Reich. Eine einheitliche Regelung bietet die größten Schwierigkeiten. Er sei bereit, die Heranziehung des Wertzuwachses auf Immobilien zu versuchen; aber als Ersatz für die Erbschaftsteuer sei die Wertzuwachssteuer undenkbar. Im gleichen Sinne äußerte sich der preussische Finanzminister von Rheinbaben. Reichsbankpräsident Havenstein nannte die Reichs-Zuwachssteuer auf Effekten eine für den Verkehr unerträgliche Last, eine undurchführbare Maßnahme, die eine Schädigung allen Kredits bedeuten würde. Die Steuer soll den durch die Tätigkeit der Gemeinde und des Staates mühelos erzielten Börsengewinn treffen. Es ist aber die geschickte kaufmännische Leitung und Ausnützung der Konjunktur, die den Zuwachs erst schafft. Schatzsekretär Sydow betonte dann noch in einer kurzen Zusammenfassung, er sei bereit, in die Bearbeitung der Wertzuwachssteuer einzutreten, die für Wertpapiere die schwersten sachlichen Bedenken habe, und deren Ertrag auf Immobilien gering sein würde. Was die Erbschaftsteuer an den erforderlichen 100 Millionen Mark noch fehlen lasse, könne vielleicht durch eine Reichs-Zuwachssteuer auf Immobilien ergänzt werden. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ist nach Ansicht der Verbündeten Regierung ein wesentlicher Bestandteil für die Finanzreform, ohne den diese weder zustande kommen wird noch kann. — Der Nachfolger des Fürsten Bülow, so schreiben die „Berl. N. N.“, würde für die meisten